

Stand: 16.11.2020 20:53 Uhr

Kanzlerin Merkel hat im Anschluss an Beratungen mit den Ländern an die Bürger appelliert, von privaten Feiern abzusehen und Kontakte drastisch zu reduzieren. Für die kommende Woche kündigte sie ein längerfristiges Konzept an.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder haben an die Bürger appelliert, angesichts der Corona-Pandemie die Kontakte untereinander drastisch zu senken. Kontakte zu Freunden sollten auf einen festen Hausstand beschränkt werden, und auf nicht notwendige private Reisen solle verzichtet werden. Von privaten Feiern sei zudem abzusehen.

Mitte der kommenden Woche wollen Merkel und die Ministerpräsidenten die Lage erneut bewerten und dann gegebenenfalls auch Vorschriften verschärfen. Dies werde bei einer Konferenz am 25. November angestrebt, sagte Merkel. Zu 100 Prozent lasse sich die Entwicklung nicht voraussagen. Anvisiert werde aber Berechenbarkeit und Planbarkeit über Weihnachten und den Jahreswechsel hinaus.

Keine neuen Beschränkungen

Neue verpflichtende Beschränkungen wurden nach der Bund-Länder-Runde nicht angekündigt. Nach Darstellung von Merkel hätten die Länderchefs diese verhindert. Sie seien mehrheitlich der Meinung gewesen, vor Ablauf der derzeitigen Vorschriften Ende November keine "Zwischen-Rechtsänderungen" vorzunehmen, so Merkel. Bei diesem Thema sei sie durchaus etwas anderer Meinung gewesen. Zu der Frage, ob Restaurants, Kultureinrichtungen oder Fitnessstudios im Dezember wieder aufmachen können, wurden ebenfalls keine Beschlüsse gefasst.

Merkel betonte, seit den im Oktober getroffenen Entscheidungen habe sich die Infektionslage zwar verbessert, aber eine Trendumkehr sei nicht erreicht worden. Von einem Wert von 50 Infektionen pro 100.000 Einwohnern in einer Woche sei man noch weit entfernt. Deshalb müssten sich die Menschen weiter einschränken und Kontakte so weit wie möglich vermeiden.

FFP2-Masken für Risikogruppen

Bund und Länder riefen darüber hinaus die Menschen auf, bei Atemwegserkrankungen sofort nach Hause zu gehen und einen Arzt zu konsultieren. Es gebe sehr viele Erkältungssymptome, die von Corona nicht zu unterscheiden seien, sagte Merkel.

Besuche bei älteren und vulnerablen Menschen sollten nur in symptomfreien Zustand erfolgen - auch in den Tagen zuvor sollten die Besucher keine Symptome

gehabt haben. Der Bund wolle diesen Menschen gegen eine geringe Eigenbeteiligung auch FFP2-Masken ab Dezember für den Winter günstig zur Verfügung stellen. Die Kosten übernimmt der Bund.

"Nächste Woche ist die Woche der Entscheidungen"

Wie Ansteckungsrisiken im Schulbereich reduziert werden können, wollen Merkel und die Länderchefs ebenfalls in der nächsten Woche beraten. Der Bund hatte zuvor verschärfte Maßnahmen an Schulen vorgeschlagen, wie eine Maskenpflicht für alle Schüler und Lehrer auch im Unterricht und eine Halbierung der Klassen. Damit konnte er sich zunächst aber nicht durchsetzen.

In dem Beschluss von Bund und Ländern heißt es nun, verlässliche Betreuung diene der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bildung sei essenziell für die Zukunftschancen der jungen Generation. "Deshalb genießt die Offenhaltung von Einrichtungen im Präsenzunterricht in diesem Bereich mit hohem Infektionsschutzniveau eine wichtige politische Priorität."

Die Offenhaltung dürfe in Hotspots aber "nicht auf Biegen und Brechen" durchgehalten werden, sagte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) auf der gemeinsamen Pressekonferenz nach den Beratungen. Söder betonte, es werde kein normales Schuljahr werden, "aber es muss ein faires sein". Mit Blick auf das nächste Treffen sagte Söder: "Das war heute noch kein großer Wurf. Nächste Woche ist die Woche der Entscheidungen."